Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

14. Oktober 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac, ad). Der Remchinger Gemeinderat ist wieder beschlussfähig: Ohne weitere Kommentare stimmte der Rat am Donnerstagabend mit elf Ja-Stimmen (CDU sowie Teile von FWV und SPD) bei acht Enthaltungen dafür, dass im Fall des nicht angetretenen Bürgerliste-Kandidaten Lorenz Praefcke ein wichtiger Hinderungsgrund vorliegt. Wie berichtet hatte der Rat den Antrag des 85-Jährigen Allgemeinmediziners im Juli und August zweimal abgelehnt und aufgrund unterschiedlicher Rechtsauffassungen die September-Sitzung abgebrochen, nachdem Bürgermeisterin Julia Wieland Nachrücker Thomas Merz verpflichtet hatte. Nun hatte Praefcke neben seinem Alter auch eine anhaltende Krankheit schriftlich als Ablehnungsgrund erklärt. „Das Ganze hatte nichts mit der Person Thomas Merz zu tun – wir begrüßen ihn im Namen aller in unserer Mitte und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit“, ergänzte Volker Bräuninger (SPD). Auf den lediglich zweiminütigen Tagesordnungspunkt, der damit eine Stellungnahme zum Einschreiten der Rechtsaufsichtsbehörde obsolet machte, folgte eine fast vierstündige Sitzung mit 22 Tagesordnungspunkten.

Stellvertreter der Bürgermeisterin gewählt und neue Ausschüsse gebildet

Der Gemeinderat wählte aus seiner Mitte drei Stellvertreter der Bürgermeisterin. Erster Stellvertreter bleibt Kurt Ebel. Die Funktion des Zweiten Stellvertreters nimmt Sascha Rebmann ein. Dritter Stellvertreter wird Tomislav Glavaš. Außerdem wurden neue beratende und beschließende Ausschüsse gebildet: Als beschließende Ausschüsse hat der Rat den Umlegungsausschuss, einen Technik- und Umweltausschuss sowie den Betriebsausschuss Altenpflegeheim festgelegt. Beratende Ausschüsse sind der Verwaltungsausschuss als Zusammenschluss aus Haupt- und Finanzausschuss, der Personalausschuss sowie der Ehrungsausschuss. Sonstige Gremien bleiben weitestgehend unverändert bestehen: Die Mitgliederzahl im Kuratorium „Diakoniestation“ soll erhöht werden und im Kindergartenkuratorium auf je ein Fraktionsmitglied beschränkt werden. Die Mitgliedschaft des Gemeinderats im Förder-

und Trägerverein „Alte Kirche Wilferdingen“ entfällt künftig aufgrund einer Satzungsänderung des Vereins.

Die Bezeichnungen, Zuständigkeiten, Mitgliederzahl etc. sind in der Hauptsatzung festgehalten. Die Verwaltung hat verschiedene Änderungsvorschläge vorgebracht, die zusätzlich zu den Änderungen des Gemeinderats in einer Neufassung der Satzung beschlossen wurden.

Voraussichtliche Mehrkosten für Hallenbadsanierung werfen Fragen auf

Die Kosten für die laufende Sanierung der Turn- und Schwimmhalle in Singen werden sich laut fortgeschriebener Kostenberechnung um rund eine Million Euro gegenüber August 2023 erhöhen und damit rechnerisch auf 10,9 Millionen Euro klettern. Die davon abziehbare KfW-Förderung bleibt bei maximal 1,1 Millionen Euro. Die Planer Thomas Biesinger (BAU4 Architekten) und Heiko Kemm (KW2 Ingenieure) erläuterten zusammen mit dem stellvertretenden Bauamtsleiter Benjamin Jöst die Gründe, die sich insbesondere im Verlauf der Planung und weiterer Untersuchungen ergeben hätten.

So können der Hallenboden und die Sportgeräte aus dem Jahr 1968 nicht wie ursprünglich gedacht weitergenutzt werden und das Gebäude müsse ringsherum tiefer aufgegraben werden, da eine Innendämmung aufgrund der Feuchte nicht möglich sei. Hinzu kommen komplexe Anforderungen an die Baukonstruktion, was insbesondere die Installation der neuen Technik im Bestand, aber auch das Verlegen der Lüftung um die Beckenstützen herum betreffe. Das komplette Grundleitungsnetz unter dem Gebäude müsse saniert, die Hubbodentechnik rundum erneuert und die Freianlagen nach den Bauarbeiten neu gerichtet werden. Auch im Bereich der Stromversorgung und automatischer Steuerungen gebe es deutliche Mehrkosten. Große Einsparungen gebe es derweil durch die Wahl einer Wärmepumpe, nachdem bei Probebohrungen für die zunächst angedachte Geothermie keine ausreichende Bohrtiefe erreicht werden konnte.

Klaus Fingerhut (Grüne) kritisierte ebenso wie Martin Gegenheimer (CDU), dass es in Anbetracht solcher Mehrkosten keine Vorlage gegeben habe und fragte: „Sind wir noch immer günstiger als ein Neubau oder haben wir einen kapitalen Bock geschossen?“ Sowohl Biesinger als auch Jöst beteuerten, dass ein Neubau nach wie vor nicht günstiger sei. „Da bin ich weiterhin überzeugt, zumal wir dann völlig andere Standards und Kubaturen hätten erfüllen müssen“, erklärte Jöst. Felix Casper (CDU) hielt zugute: „Man kann einfach nicht alles von vorneherein sehen und eine Abweichung von zehn Prozent ist eigentlich nichts.“ Nachdem Wieland darauf verwies, dass eine Ablehnung der fortgeschriebenen Berechnung eine

Einstellung des laufenden Bauvorhabens bedeute und auch Volker Bräuninger (SPD) feststellte, dass das Gremium „gar keine andere Wahl“ habe, stimmte der Rat mit Gegenstimmen von Fingerhut und Roser zu. Daraufhin beschlossen die Räte einstimmig die Vergaben der Dachabdichtung (rund 195.000 Euro), der Gerüstarbeiten (62.000 Euro) und der Rohbauarbeiten (1,8 Millionen Euro). Letztere liegen unter Berücksichtigung angepasster Anforderungen 300.000 Euro über der früheren Berechnung. Dies sei auf die aktuelle schwierige Marktlage für Betoninstandsetzungsarbeiten zurückzuführen.

Rat bewilligt Rüstwagen für die Freiwillige Feuerwehr

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat 2023 das neue Ausstattungskonzept für Feuerwehren veröffentlicht und hat darin die Umstellung im 2-Meter-Bandbereich (Einsatzstellenfunk) von Analogfunkbetrieb auf Digitalfunk vorgesehen. Der Gemeinderat hat der Beschaffung von 32 Handsprechfunkgeräten für die Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Remchingen zugestimmt. Ein Gerät kostet rund 1.100 Euro netto, wovon 250 Euro im Rahmen einer Sonderfördermaßnahme vom Landratsamt Enzkreis bezuschusst werden. Rund 42.500 Euro werden zusätzlich noch von der Gemeinde fällig.

Auch die Anschaffung eines Rüstwagens für die Freiwillige Feuerwehr hat der Rat in seiner Sitzung beschlossen. Bereits im Februar war der Feuerwehrbedarfsplan auf der Tagesordnung gestanden, in dem auch die Beschaffung eines Rüstwagens vorgesehen ist. Aufgrund der Art und Streckenlänge der Straßenverkehrswege, der Schieneninfrastruktur und der starken Verkehrsbelastung ist eine bestimmte feuertechnische Ausrüstung nötig, die künftig mit dem neuen Fahrzeug transportiert werden soll. Zudem ist die Anschaffung Teil der kreisweiten Strategie, damit nicht jede Gemeinde sämtliche Sonderfahrzeuge beschaffen muss. Der Enzkreis übernimmt daher 130.000 Euro der insgesamt nötigen 700.000 Euro. Außerdem erhält die Gemeinde einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 130.000 Euro vom Landratsamt. Die europaweite Ausschreibung soll von einem externen Ausschreibungsbüro durchgeführt werden.

Kämmerer Frank Burghardt stellte in der Sitzung die Reform der Grundsteuer vor und erläuterte sämtliche Auswirkungen an realen, anonymisierten Beispielen. Aufgrund der neuen Rechtslage müssen alle Kommunen ab dem kommenden Jahr neue Hebesätze beschließen. Die neue Hebesatzsatzung wird Thema der nächsten Gemeinderatssitzung seinAm Donnerstagabend legte der Rat zudem den Festbeginn des verkaufsoffenen Sonntags anlässlich der Kirchweih am 20. Oktober auf 11.30 Uhr fest. Von 13 bis 18 Uhr sind zahlreiche Läden in

ganz Remchingen für den Verkauf geöffnet. In der Kulturhalle findet von 11.30 bis 18 Uhr die Hochzeitsmesse statt.

Gemeinderat will Bürgerentscheid für Windpark im Ranntal auf den Weg bringen

In Sachen Windkraft dürfen die Remchinger Bürger mit großer Wahrscheinlichkeit selbst entscheiden – jedoch nur über einen der beiden in der Gemeinde geplanten Windparks. Wie berichtet plant einerseits das rheinhessische Energieunternehmen JUWI die Entwicklung eines Windparks mit drei Anlagen im Buchwald westlich der Ortsteile Wilferdingen und Singen. Dabei handelt es sich jedoch um Flächen des Staatswaldes, weshalb die Gemeinde keinen Einfluss auf die Durchführung des Projekts habe, wie Bürgermeisterin Wieland in der Ratssitzung erneut unterstrich.

Anders sieht es aus bei dem im März öffentlich präsentierten Vorhaben der EnBW, zwei Windräder auf Kämpfelbacher Gemarkung und ein bis drei weitere im benachbarten Bärengrund beim Nöttinger Ranntal zu bauen. Die entsprechenden Flächen gehören der Gemeinde, die sich schon früh für eine Bürgerbeteiligung ausgesprochen hatte. Um die Möglichkeiten aufzuzeigen und zu konkretisieren, schaltete sich Christoph Ewen vom Forum Energiedialog als unabhängige Organisation des Landes Baden-Württemberg zu. Auf Nachfrage von Ute Praefcke (Bürgerliste) zur Neutralität der Organisation verdeutlichte Ewen, dass das Forum zwar hinter der Energiewende stehe, sich jedoch mit Blick auf jede konkrete Anlage neutral verhalten müsse.

Obwohl der Gemeinde im Staatswald die Hände gebunden seien, empfehle er für dieses Projekt trotzdem einen Infomarkt mit Experten. Für das Vorhaben im Ranntal könne er sich zwei Varianten vorstellen: Wenn die EnBW nur ein weit entferntes Windrad baue, was durchaus der Fall sein könne, gehe es fast nur um finanzielle Beteiligungen und ein Infomarkt sei ausreichend. Wenn die EnBW jedoch auch die beiden anderen bauen wolle, könne es durchaus auch in Sachen Naherholung, Wald, Lärm und Schattenwurf Einflüsse geben, weshalb er eine intensive Dialoggruppe mit Gemeinderats- und Vereinsvertretern sowie Experten empfehle, die am Ende zu einem Bürgerentscheid führen könne.

„Ich bin ein Befürworter dieser Technologien, aber sie müssen an den richtigen Standorten stehen“, erklärte Kurt Ebel (CDU) und verwies mehrfach auf die frühere Mülldeponie im Bärengrund und den Grundwasserschutz, der für die Remchinger ein sehr sensibles Thema sei: „Da bin ich tief überzeugt zu wissen, wie ein Bürgerentscheid ausgehen würde.“ Während der Standort der JUWI der Gemeinde chancenlos diktiert worden sei, spreche sich die

CDU beim EnBW-Projekt von vorne herein für einen Bürgerentscheid aus. „Hier sind Gemeinderat und Bürgerschaft Herr des Verfahrens“, unterstrich Martin Gegenheimer (CDU). Auf Nachfrage von Thomas Merz (BL), wie die Tendenz im Gremium zu Windkraft im Renntal sei, lehnten die Räte ab, ein Stimmungsbild geben zu wollen. Stattdessen stimmten sie mit jeweils 17 Ja-Stimmen sowohl mehrheitlich für eine Bürgerbeteiligung in Form des Forums Energiedialog als auch einen Bürgerentscheid, während sie eine Bürgerbefragung ablehnten.

Julian Zachmann, Alina Di Sannio